



Redebeitrag zur Beschlussfassung über die Errichtung einer neuen Feuerwache auf dem städtischen Grundstück in Holm-Seppensen, Am Schoolsolt – Ecke Buchholzer Landstraße/Tosteder Weg (DS 21-26/0083 inkl. Ergänzung)

von Ratsherr Dr. Martin Dieckmann während der Ratssitzung am 28. März 2022

Liebe Ratsmitglieder,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir sprechen und entscheiden hier heute über die Inanspruchnahme einer ganz konkreten Fläche im Norden Holm-Seppensens für einen neuen Standort für die Freiwillige Feuerwehr Holm.

Die öffentlich geführte Diskussion über dieses Thema, die eigentlich erst durch eine von mehr als 1.600 Menschen unterzeichnete Petition der sog. Bienenbotschafter vor weniger als zwei Wochen ausgelöst wurde, erweckt den Eindruck, dass es um die Grundsatzfrage ginge, was wichtiger ist: Der Klima- und Artenschutz einerseits oder der Feuerschutz und die öffentliche Sicherheit und die Arbeit der Feuerwehr andererseits. Darum geht es aber gerade nicht, und ich bitte alle Beteiligten, den Eindruck zu vermeiden, dass diese Themen gegeneinander ausgespielt werden.

Dass der Klimaschutz und in diesem Falle auch die Erhaltung der Artenvielfalt Schicksalsfragen der Menschheit sind, ist unumstritten. Großer Dank gebührt daher den Bienenbotschaftern und ihren Unterstützern, die auf einem Teil der hier diskutierten Fläche auf einer Streuobstwiese, die im Übrigen auch ein ansprechendes Entree für die Ortschaft Holm-Seppensen bildet, in vorbildlicher Weise mit ihrem Insektenparadies in jahrelanger ehrenamtlicher Arbeit diesen Zielen dienen und hierfür von der Stadt Buchholz selbst mit einem Umweltpreis ausgezeichnet worden sind – auf einer Fläche im Übrigen, die der hier aktuell geltende Bebauungsplan der Stadt Buchholz bewusst als Ausgleichs- und Biotopfläche vorbehalten hat, was damit geltendes Baurecht ist.

Großer Dank gebührt aber selbstverständlich auch den vielen haupt- und ehrenamtlich Tätigen in den Buchholzer Wehren und natürlich auch der Ortswehr Holm, die sich teils seit Jahrzehnten für unser aller Sicherheit und Schutz nicht nur gegen Feuergefahren einsetzen. Dies ist bereits in der Ausschusssitzung in der vergangenen Woche von allen Beteiligten betont worden und ich wiederhole es hier. Diese Arbeit und der wirksame und vor allem zeitdringliche Schutz gegen Feuergefahren – das ist von den Fachleuten eindrucksvoll dargestellt worden – sind ein überragendes und völlig unverzichtbares Gemeinschaftsgut. Das ist völlig unstrittig. Ebenso ist unstrittig, dass eine neue Feuerwache der Ortswehr Holm(-Seppensen) zukünftig im Norden von Holm-Seppensen angesiedelt werden sollte, weil hierdurch eine möglichst weitreichende Abdeckung der Ortschaften Holm, Holm-Seppensen, Seppensen und der südlichen Kernstadt von Buchholz in der 8-Minuten-Zielvorgabe möglich ist.

Gegenstand der Diskussion ist allein die Frage, ob dieser Standort auf der seitens der Verwaltung zur Abstimmung gestellten Biotop- und Waldfläche Ecke Buchholzer Landstraße/Tostedter Weg angesiedelt werden muss oder ob es Alternativflächen innerhalb des vernünftigen Zielkorridors gibt, die den Anforderungen des Feuerschutzes ebenso genügen, aber nicht ein vorhandenes Biotop nebst Waldflächen vernichten, die sogar in einem gültigen Bebauungsplan als solche festgesetzt sind.

Diese Alternativenprüfung mahnen wir hier an. Sie ist aus unserer Sicht selbstverständlich und völlig unerlässlich. Wer sie verlangt, ist auch nicht gegen die Feuerwehr, sondern tut hier nur seine Pflicht bei der Abwägung dieser wichtigen Gemeinwohlbelange.

Die bisher seitens der Verwaltung dokumentierte Alternativenprüfung ist leider hoch defizitär. Erst auf eine Anfrage unserer Fraktion wird mit Ratsdrucksache 21-26/0105 vom 10.03.2022 überhaupt etwas zu dem Thema gesagt, das auch erst 7 Wochen (!) nach der Fragestellung (vom 17.01.2022), obwohl es angeblich um Erwägungen geht, die ohnehin schon angestellt und jetzt lediglich aufgeschrieben wurden. Dabei kam die Ratsdrucksache trotz zwischenzeitlicher Nachfrage auch nur kurz vor der ersten Ausschussbefassung auf den Tisch – wohl auch mit der Folge, dass nicht alle Ratsfraktionen die Drucksache rechtzeitig in ihren Beratungen berücksichtigen konnten.

Warum ist das so? Warum liefert die Verwaltung nicht von sich aus rechtzeitig und umfassend alle Informationen und Fakten, die der Rat, der hier zu entscheiden hat, für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema benötigt? Diese defizitäre Behandlung eines so wichtigen Themas nehmen wir auch nicht das erste Mal in dieser noch jungen Wahlperiode zur Kenntnis: Schon bei dem Thema „Perspektive Innenstadt“ war es nicht anders. Dort hat die Stadt Buchholz vom Land Niedersachsen 1,2 Mio. Euro für die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt geschenkt bekommen, und der Rat sollte „abnicken“, dass mehr als die Hälfte des Geldes in eine fast reine Rückbaumaßnahme, ja ein Plattmachen des westlichen Bereiches der Fußgängerzone Breite Straße mit Sonnenuhr und – zugegeben – etwas antiquierter – Stadtmöblierung gesteckt werden soll. Eine städteplanerische Begründung wurde hierfür erst gar nicht und selbst auf Nachfrage nicht schlüssig und nachvollziehbar gegeben.

So ähnlich verhält es sich auch hier. Die erst auf Nachfrage dargelegte angebliche Alternativenprüfung für die Feuerwehrfläche hält in Tiefe und Schlüssigkeit einer Überprüfung nicht stand. Zwar sind sicher bestimmte Flächen, die alternativ erwogen worden sein sollen, unter Gesichtspunkten des Feuerschutzes nicht gleichermaßen geeignet, weil zu weit im Süden oder im Norden gelegen oder aus Gründen des Landschafts- und Naturschutzes abzulehnen. Jedenfalls aber die an derselben Straßenkreuzung wie die vorgeschlagene Fläche liegende Fläche im Bereich der Ecke Buchholzer Landstraße/Up de Hoge Luft (Richtung Tennishallen) erfüllt die Lageanforderungen gleichermaßen.

Gegen diese Alternativfläche werden genau **zwei Einwände** vorgebracht: Sie soll dem Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) widersprechen, weil der **Freiraum zwischen den Ortschaften nicht erhalten** werde, und es soll von hier keine hinreichend einsehbare und sichere Einfahrt der Einsatzfahrzeuge auf die Hauptstraße möglich sein, weil die Grundstücksausfahrt in einer Innenkurve liege. Beide

Einwände bleiben letztlich völlig unsubstantiiert, obwohl die Verwaltung hier in der Bringpflicht wäre. Wir halten beide Argumente auch nach Lage der Dinge für unzutreffend und nicht hinreichend begründet:

(1) Naheliegender wäre eine Platzierung der Feuerwehr möglichst südlich auf dem betreffenden Grundstück, insbesondere mit den Gebäuden angrenzend an die Straße Up de Hoge Luft. Der Standort befände sich dann in einer Flucht mit dem Sportplatz nebst Wall und Gebäude westlich und den Tennishallen östlich, wobei das Bowling-Center als Bauwerk noch wesentlich weiter nach Norden – d.h. in Richtung Seppensen – „herausragen“ würde. Ein persönlicher Blick auf die örtlichen Verhältnisse oder auch nur auf ein Luftbild zeigen, dass das **Lückenschlussargument kein Hindernis** ist. Es ist meine feste Überzeugung, dass es befriedigend ausgeräumt werden könnte.

(2) Dasselbe gilt für das zweite Gegenargument der verkehrssicheren Ausfahrt. Ohne viel Phantasie sind hier gleich mehrere Ausfahrtsvarianten vorstellbar, die sicher gestaltet werden können: Die Ausfahrt über die Straße Up de Hoge Luft, gegebenenfalls alternativ oder zusätzlich eine Ausfahrt nördlich auf einem neuen Feuerwehrgrundstück, die dann auch gut von Süden einsehbar wäre, ggf. sogar die Mitnutzung der existierenden Einfahrt zum Bowling-Center nur gut 150 m nördlich der aktuell vorhandenen Bedarfsampel, ggf. auch eine besondere Schaltung der Bedarfsampel im Einsatzfall, wobei letztere auch nicht die Einfahrt erst später eintreffender Feuerwehrleute über eine „Normaleinfahrt“ über die Straße Up de Hoge Luft hindern würde. Ich betone, hier sind mehrere Lösungen denkbar. Ich bin fest davon überzeugt, dass das angeblich bestehende Problem lösbar ist. Dabei ist im Übrigen klar, dass nicht wir – der Rat – eine fertige Lösung zu liefern haben, sondern die Verwaltung dies anhand konkreter Planungsüberlegungen zu prüfen und ggf. darzulegen hat, aus welchen Rechts- oder Sachgründen es sich um ein unlösbares Problem handeln soll, wenn sie das ernsthaft meint. Daran fehlt es aber vollständig.

Weitere Hindernisse als die beiden genannten, die nach unserer Auffassung aber nicht durchgreifen, hat die Verwaltung trotz eingehender Nachfrage nicht vorgetragen. Insofern ist es auch nicht akzeptabel, wenn dann mal beiläufig gestreut wird, das Alternativgrundstück sei nicht erwerbbar oder zu teuer. Wir hatten am 17.01.2022 konkret nach Erwerbsgesprächen gefragt, und die Verwaltung hat dies für unerheblich gehalten und nicht beantwortet, weil ja andere Gründe gegen die Alternativfläche sprächen (DS 21-26/0105, S. 2). Insofern ist es auch nicht akzeptabel, dies nun als Gegenargument nachzuschieben, ohne zugleich die Fakten auf den Tisch zu legen. Uns ist nicht bekannt, dass die Eigentümer Verkaufsverhandlungen abgelehnt hätten, über die Konditionen wäre zu sprechen. Jedenfalls wäre es Aufgabe der Verwaltung dem nachzugehen und den Rat, der hier eine so wichtige Standort- und Flächenentscheidung zu treffen hat, über die bestehenden oder nicht bestehenden Erwerbsmöglichkeiten zu informieren. Es geht jedenfalls nicht an, dass erst einzelne Sachgründe gegen die Alternativfläche vorgetragen werden, dann aber, wenn dieser kritisch hinterfragt werden, nur beiläufig und mündlich Zusatzargumente nachgeschoben werden, ohne hier Fakten zu präsentieren.

Nach allem muss man leider sagen, dass nach Lage der Dinge die hier so elementar wichtige Prüfung alternativer Flächen nicht stattgefunden hat und keinesfalls angemessen so dokumentiert ist, dass der Rat hierüber in Abwägung der Belange verant-

wortungsvoll entscheiden kann. Deshalb geht unser Petitum dahin, heute hier keine Entscheidung über die konkret vorgeschlagene Fläche zu treffen, sondern eine angemessene Prüfung der sich aufdrängenden Alternativfläche nachzuholen. Auf dieser Grundlage können wir dann die bestmögliche Entscheidung in dieser so wichtigen Frage treffen.

Das stellt auch keine unangemessene Verzögerung dar, da das notwendige Bebauungsplanverfahren ohnehin nicht nur Monate, sondern vermutlich über ein Jahr in Anspruch nehmen wird. Die Ergänzung der Alternativenprüfung wäre selbstverständlich auch keine Entscheidung gegen den Feuerschutz geschweige denn gegen die Feuerwehr. Wie gesagt, ist völlig unstrittig, dass die neue Wache in den Norden Holm-Seppensens zu kommen hat, nur eben an den unter Abwägung aller Belange besten Standort. Wenn dies nach einer Alternativenprüfung, die diesen Namen verdient, der heute hier vorgeschlagene Standort sein sollte, würde ich ihm selbstverständlich zustimmen. So und heute kann ich das aber leider nicht.

Vielen Dank!

(Es gilt das gesprochene Wort)